
Grenzen des Keynesianismus*

Meinhard Supper

Das Thema „Grenzen des Keynesianismus“ ist breit und komplex, weil es Grenzen der keynesianischen Theorie, Grenzen der keynesianischen Wirtschaftspolitik sowie Keynesianismus und politische Theorie umfaßt und jedes dieser Teilthemen eine Fülle von Problemen aufwirft. Weder Breite noch Komplexität dieser Teilthemen können in einem Überblick adäquat behandelt werden. Trotz Konzentration auf Schwerpunkte ist Oberflächlichkeit unvermeidlich. Auf Polemik gegen Keynesianismus wird verzichtet. Die pointierten und teilweise zutreffenden Attacken, insbesondere amerikanischer Ökonomen, sind bekannt und brauchen nicht wiederholt zu werden. Im allgemeinen schadet theoretische Polemik der Einschätzung wirtschaftspolitischer Strategien, weil dabei Grenzfälle zu stark hervorgehoben werden und mehr die Möglichkeit als die Wahrscheinlichkeit wirtschaftspolitischer Zusammenhänge diskutiert wird. Politische Polemik ruft neue Polemik hervor, wenn sie zu keiner ihr entsprechenden Wirtschaftspolitik führt: So hat die Tatsache, daß der antikeynesianischen Rhetorik der ersten Reagan-Jahre keine antikeynesianische Budgetpolitik folgte, eine seriöse Diskussion um keynesianische Wirtschaftspolitik erschwert. Jede Diskussion um wirtschaftspolitische Strategien sollte daher von so wenig Voreingenommenheit wie möglich ausgehen; denn nur dann lassen sich die Grenzen dieser wirtschaftspolitischen Strategie abstecken.

Grenzen der keynesianischen Theorie

Die keynesianische Theorie berührt nicht nur alle Bereiche der Makroökonomie, sondern auch, wie die Diskussion um die Mikrofundierung des Keynesianismus zeigt, viele mikroökonomische Fragen. Es

* Vortrag gehalten am 3. Jänner 1986 vor dem Kautsky-Kreis in Bad Aussee

gibt eine umfangreiche theoretische Literatur, die sich mit dem theoretischen Kern und der theoretischen Peripherie der keynesianischen Theorie beschäftigt und die aufzeigt, was sich an dieser Theorie bewährt hat und was widerlegt wurde. Theoretische Argumente sind auch für keynesianische Wirtschaftspolitik wichtig, weil keynesianische Theorie sehr konkrete wirtschaftspolitische Auswirkungen hatte und weil der Paradigmenwechsel zur Angebotspolitik insbesondere mit theoretischer Kritik an Keynes gerechtfertigt wurde.

Die Grenzen sind somit sehr weit gesteckt, im Prinzip soll es überhaupt keine Grenzen im Sinn eines Frageverbotes geben. Jede Frage, die den Gegenstand, mit dem sich eine Theorie beschäftigt, erhellen könnte, sollte erlaubt sein. Bezieht man „Grenzen“ auf den Kern, das Paradigma, einer einmal etablierten Theorie, so sprengen wesentlich neue Erkenntnisse diese Grenzen, und es stellt sich die Frage, ob die alte Theorie noch besteht. In diesem Fall interessieren die Widersprüche in der etablierten Theorie und die Lücken, die diese Theorie offen läßt. Die *methodische* Kritik am Keynesianismus setzt an seinem makroökonomischen Charakter an.

Kritik am Keynesianismus als Makroökonomie

Gegenstand des Keynesianismus ist die Makroökonomie. Daß es zur Entwicklung der Makroökonomie kam, ist vor allem Keynes selbst zu verdanken. Die klassische Ökonomie des 18. und 19. Jh. war im wesentlichen Mikroökonomie. Im Mittelpunkt des Interesses standen Nutzentheorie, Preisbildung, Märkte etc. Die ersten Auseinandersetzungen mit wirtschaftspolitischen Fragen waren bloße Beschreibungen der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates und noch keine Anwendung der Wirtschaftstheorie zur Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele. Erst mit den Arbeiten von Keynes rückten gesamtwirtschaftliche Ziele, insb. Vollbeschäftigung, ins Zentrum des Interesses.

Der große Erfolg der Makroökonomie in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hing damit zusammen, daß gleichzeitig mit ihrer Entwicklung durch Keynes die quantitative Wirtschaftsforschung große Fortschritte machte. Die ersten Erfolge der quantitativen Wirtschaftsforschung nährten die Hoffnung auf exakte Beschreibung des Einflusses wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf wirtschaftspolitische Ziele. Diese Hoffnung erfüllte sich bis jetzt nicht ganz, wahrscheinlich, weil zwei dafür notwendige Voraussetzungen fehlten, nämlich erstens eine hinreichende Quantifizierung wirtschaftspolitischer Ziele sowie des Wirkungsgrades der einzelnen Instrumente und zweitens die Erfassung aller wichtigen ökonomischen Zusammenhänge durch die den Modellen zugrundeliegende Wirtschaftstheorie. Die ökonomische Realität ist so komplex, daß nicht alle wichtigen Einflußgrößen in Modellen erfaßt werden können. Immer muß die Mannigfaltigkeit wirtschaftlicher Entscheidungsformen auf sehr vereinfachte Annahmen reduziert werden. Motive, Einstellungen, Verhaltensweisen und

Reaktionen der Wirtschaftssubjekte können immer nur schematisch erfaßt werden. Die Ursachen wirtschaftlicher Dynamik sind selbst für die Vergangenheit schwer zu quantifizieren.

Die Diagnose gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge ist besonders schwer, weil man sich dabei auf die Betrachtung einiger weniger Märkte und auf die Verwendung aggregierter Größen beschränken muß. Es gibt *puristische Theoretiker*, für die wegen der großen Aggregationsprobleme Makroökonomie und damit Keynesianismus Zeitverschwendung ist. Dieser theoretische Purismus äußert sich vor allem in der Kritik, daß dem Keynesianismus eine *mikroökonomische Fundierung* fehle. Kritiker wie Hayek und Friedman bestreiten, daß zwischen dem Volumen der Endnachfrage und dem der Beschäftigung eine einfache und eindeutige Beziehung bestehe. Auch das Investitionsvolumen bewege sich keineswegs immer proportional zur Endnachfrage. Nicht nur der Zinsfuß, sondern auch die relativen Preise der verschiedenen Produktionsfaktoren, die unterschiedliche Qualifikation der Arbeitskräfte und der technische Fortschritt sind wesentliche Bestimmungsgründe der Investitionen. Dem Keynesianismus wird vorgeworfen, er vernachlässige durch die Konzentration auf die Gesamtnachfrage diese ständige Reallokation der Produktionsfaktoren. Der theoretische Purismus trifft sich mit dem *statistischen Purismus*, der die herkömmlichen statistischen und ökonometrischen Methoden der Makroökonomie kritisiert (insb. wegen der bei ökonomischen Analysen fehlenden Möglichkeit wiederholter Stichproben aus einer Grundgesamtheit).

So relevant diese Kritik am Keynesianismus als Makroökonomie aus theoretischer Sicht auch sein mag, so kann sie nicht die Notwendigkeit von Makroökonomie entkräften. Makroökonomie beschäftigt sich mit so relevanten Phänomenen wie Inflation, Arbeitslosigkeit und Einkommenspolitik. Das sind Phänomene, die selbst wieder Mikroprozesse beeinflussen. Sie aus der Analyse auszuklammern, weil theoretische und statistische Gründe dagegen sprechen, ist kurzsichtig und wirtschaftspolitisch sowie wirtschaftstheoretisch unverantwortlich. D. h. nicht, daß eine Mikrofundierung nicht notwendig wäre, oder daß man sich zuerst immer nur um Makroökonomie kümmern müßte. Mikrofundierung des Keynesianismus bleibt ein wichtiges Anliegen. Allerdings kann die Makroökonomie nicht auf solide mikroökonomische Fundierung oder solide statistische Aggregation warten. Wirtschaftspolitische Entscheidungen müssen getroffen werden – unabhängig von solider, theoretischer und statistischer Basis. Die Kritik an der keynesianischen Theorie als Makroökonomie schießt daher weit über das Ziel, wenn auch die Warnung, nicht vorschnell auf Aggregate zu vertrauen, nicht ernst genug genommen werden kann.

Im Bereich der Makroökonomie ist besonders die *Erklärung der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit* Gegenstand und auch Motiv des Keynesianismus. Die Relevanz dieses Gegenstandes ist heute fast so groß wie zu Zeiten Keynes. Theorien, die dies leugnen, wie z. B. manche Variante der Theorie der rationalen Erwartungen, bleiben ein interessanter

theoretischer Grenzfall, aber nicht mehr. Wenn solche Theorien generelle Gültigkeit hätten, wären die Abweichungen von der natürlichen Rate der Arbeitslosigkeit nur klein und vorübergehend. In diesem Fall wäre die General Theory, wie Modigliani in seiner Presidential Address an die American Economic Association 1977 ausführte, nie geschrieben worden. Arbeitslosigkeit ist ein Ungleichgewichtsphänomen, das nicht durch noch so raffinierte Gleichgewichtstheorien, weganalysiert werden kann.

Über den Kern der keynesianischen Analyse gibt es unterschiedliche Auffassungen. Nach der traditionellen Ansicht steht im Zentrum der keynesianischen Analyse das IS-LM-Modell, nach anderer Ansicht Marktversagen.

Die IS-LM-Analyse

Nach traditioneller Ansicht ist der Kern der keynesianischen Analyse das *simple Einkommen-/Ausgabenmodell* mit dem Multiplikator bzw. das um Geld erweiterte Einkommen-/Ausgabenmodell, nämlich das *IS-LM-Modell*. Das IS-LM-Modell dürfte eher den Vorstellungen der General Theory entsprechen als das einfache Einkommen-/Ausgabenmodell. Die keynesianische Botschaft ist ein Gleichgewicht zwischen Investitionen und Sparen bei Unterbeschäftigung, das durch ein Budgetdefizit (durch eine Verschiebung der IS-Kurve nach rechts) zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung gebracht werden kann. Zum Wesen der keynesianischen Analyse gehören die bekannten Annahmen über die Verläufe der IS- bzw. LM-Kurve (die Zinselastizität der Geldnachfrage und die Zinsunelastizität der Investitionen).

Der Unterschied zwischen der einfachen Einkommen-/Ausgabenanalyse und dem IS-LM-Modell besteht darin, daß im letzteren der Multiplikator niedriger ist, weil jede Einkommenserhöhung über eine steigende Geldnachfrage einen Zinsanstieg auslöst, der die zinsabhängigen Investitionen verringert und dadurch den Einkommenskreislauf abschwächt. Die IS-LM-Analyse kann also auch den klassischen Fall darstellen. Ist die Geldnachfrage vollkommen zinsunelastisch oder sind die Investitionen vollkommen zinselastisch, würde eine Staatsausgabenerhöhung nur zur Folge haben, daß private Investitionen im Umfang der Staatsausgabenerhöhung verdrängt werden (vollständiger Crowding-Out-Effekt).

Die IS-LM-Analyse verliert allerdings einige wesentliche Erkenntnisse von Keynes, weil die unterschiedlichen Charakteristika der Wertpapier- und der Anleihenmärkte, die Keynes hervorhebt, nicht in eine zu Geld alternative Anlageform zusammengefaßt werden können. Ein weiteres Problem sowohl der IS-LM-Analyse als auch der einfachen Einkommen-/Ausgabenanalyse liegt in der Annahme *fester Preise*. Diese Annahme zusammen mit der Vorstellung einer flexiblen Produktion erwies sich für die 30er, 40er und 50er Jahre als nützlich. Für die 70er Jahre mit steigenden Ölpreisen und flexiblen Wechselkursen

dürften die „monetaristischen“ Annahmen flexibler Preise und fixer Outputs sowie die Vorstellung einer natürlichen Wachstumsrate und einer natürlichen Arbeitslosigkeit einen größeren Erklärungswert besitzen. Auch keynesianische Modelle können nach entsprechender Adaption diese Phänomene erfassen. Dazu ist allerdings ein Modell des Angebotssektors und des Arbeitsmarktes notwendig.

Keynesianische Modelle können durch Produktionsfunktionen sowie durch Erfassung des Arbeitsmarktes mit Angebots- und Nachfragefunktionen erweitert werden, die in ihrer einfachsten Form die Nachfrage nach und das Angebot von Arbeit mit dem Reallohn verknüpfen. Die IS-LM-Analyse kann allerdings eine Situation nicht bewältigen, in der Preise und Realeinkommen gleichzeitig Variable sind. Die *Phillips-Kurve* schloß diese Lücke. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob Einkommen-/Ausgabenanalysen, Phillips-Kurven und die Schätzung der Nachfrage nach Geld ausreichten, die Zusammenhänge zu erfassen. Ende der 70er Jahre brachen sowohl Phillips-Kurven als auch Schätzungen der Geldnachfrage sowie der Gesamtnachfrage zusammen.

Die neue klassische Makroökonomie und die neue keynesianische Makroökonomie

Die *neue klassische Makroökonomie* sah einen Ausweg: Der Zusammenhang zwischen Preis- und Mengenveränderungen wurde mit einzel- und gesamtwirtschaftlichen *Angebotskurven* analysiert. Zum Unterschied von der Phillips-Kurve geht in Angebotskurven die Kausalität von Preisveränderungen zu Mengenveränderungen.

Schwankungen der Produktion und Beschäftigung sind Folgen des Rationalverhaltens bei unvollkommener Information und nicht Konsequenz der mangelnden Fähigkeit des Marktsystems, geplante Tauschaktivitäten zu koordinieren.

Die Antwort auf diesen Markträumungsansatz ist der Rationierungsansatz, der oft auch als *neue keynesianische Makroökonomie* bezeichnet wird. Danach führen die Abweichungen der Löhne und Preise von ihren Gleichgewichtswerten zu einem Tausch zu Ungleichgewichtslöhnen- und -preisen, der über eine Rationierung der Konsumenten und Produzenten auf den Güter- und Arbeitsmärkten eine sich kumulierende Abweichung vom Gleichgewicht auslöst.

Wenn auch Rationierungsansätze den traditionellen Keynesianismus und die neue klassische Makroökonomie den Monetarismus allmählich ablösen, bleiben die grundlegenden Unterschiede doch bestehen: In den Modellen der neuen klassischen Makroökonomie passen sich Löhne und Preise an Ausgabenveränderungen an, sodaß sich das reale Angebot nicht ändert. In den Rationierungsmodellen kann ein Überangebot bei festen Löhnen und Preisen existieren. Die Trennung beider Ansätze in der Praxis ist schwer: Was ist Rationierung und was Änderung der gewünschten Tauschmenge?

Die *Fristigkeit* der Betrachtungsweise spielt eine große Rolle. Keyne-

sianische Modelle kümmern sich im Prinzip eher um die kurze Frist, Modelle der neuen klassischen Makroökonomie um die lange Frist. Die Betonung des *Angebots* ist sicher ein Fortschritt. Gordon hat Recht, wenn er feststellt, daß die 70er Jahre lehrten, daß Makroökonomie sich *auch* um das Gesamtangebot und nicht nur um die Gesamtnachfrage dreht. In dieser Vernachlässigung von Angebotsfaktoren lag eine der Hauptschwächen der traditionellen keynesianischen Theorie.

Inflation

Neben dieser Vernachlässigung von Angebotsfaktoren gibt es im Keynesianismus Probleme mit der Inflation. Die keynesianischen Inflationstheorien sind *Ad-hoc*-Theorien, die möglich werden, weil die Nominallöhne und Preise in keynesianischen Modellen exogen sind. Preiserhöhungen wurden von Keynesianern u. a. auf die Gewerkschaften, die Araber, andere Rohstoffproduzenten, das Ausbleiben der Fischeschwärme vor den peruanischen Küsten, das Zusammenbrechen der holländischen Einkommenspolitik in den 50er Jahren, zurückgeführt.

Daß Keynesianismus aufgrund solcher Diagnose keine brauchbare Therapie der Inflationsbekämpfung entwickeln konnte, verwundert nicht. Dazu kommt, daß Keynesianer (vor allem in Großbritannien) in den 60 Jahren die Gefahr der Inflation verharmlosten. Kaldor warnte vor der Gefahr stabiler Preise, Harrod forderte eine deutliche Erhöhung der Geldmenge, um die Zinsen zu senken und Kahn war der Meinung, die Budgetdefizite spielten überhaupt keine Rolle (Chrystal 1980,67). Die Bedeutung der Geldmenge wurde generell unterschätzt. Wenn Modigliani 1977 feststellte, daß, wenn Monetarismus das Erkennen der Rolle der Geldmenge bei der Bestimmung der Produktion und der Preise bedeutet, alle Keynesianer seien, kommt diese richtige Erkenntnis für Keynesianer ziemlich spät.

Die Reinterpretation von Keynes

Einige Interpreten behaupten, daß es Keynes vor allem auf den Nachweis von Marktversagen ankam, das für alle Marktpartner vorteilhafte Tauschaktionen auf den Arbeitsmärkten verhindert. Die traditionelle Mikrotheorie vor Keynes beschäftigte sich zu wenig mit Transaktions- und Informationskosten und somit mit den besonderen Eigenschaften der Arbeitsmärkte. Die stiefmütterliche Behandlung des Arbeitslosenproblems von Keynes war daher nicht überraschend. Für Keynes standen zwei Wege offen: entweder sich intensiver mit der unvollständigen Preistheorie auseinanderzusetzen oder sie überhaupt aufzugeben. Was den Arbeitsmarkt anlangt, entschloß er sich für die zweite Alternative, mit der bedauerlichen Konsequenz, daß Preistheorie für Keynesianer an Interesse verlor.

Das Marktversagen bei Keynes ist nicht nur auf den Arbeitsmarkt begrenzt. In der General Theory spielt der Investitionsprozeß eine zentrale Rolle. Dieser Prozeß ist für Keynes vom Markt für Wertpapiere kontrolliert. Die Preise auf dem Wertpapiermarkt werden in einem Prozeß gebildet, der eher einer Schönheitskonkurrenz gleicht oder durch das Sherlock-Paradoxon (Morgenstern) gut abbildbar ist. Verglichen mit diesem komplizierten Erwartungsspiel ist der Markt für Güter oder Arbeitskräfte durch einfache extrapolative Erwartungen gekennzeichnet. Für manche ist das Gleichgewicht bei niedriger Produktion und niedriger Beschäftigung so unstabil, daß für sie Keynes ein Ungleichgewichtstheoretiker ist. Jedenfalls ist sekuläre Stagnation nach dieser Interpretation ein *reales* Phänomen, das fundamentale soziopolitische Reformen erfordert.

Clower und Leijonhufvud lieferten noch vor Entwicklung der Markträumungs- und Rationierungsmodelle eine Mikrofundierung von Keynes, die abgesehen davon, daß sie im Prinzip eine Ungleichgewichtsanalyse ist, starke Ähnlichkeit mit moderner Mikrotheorie hat. Folgende Gründe, warum das Preissystem bei Störungen nicht imstande ist, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen, finden Clower und Leijonhufvud bei Keynes: die Abwesenheit eines walras'schen Auktionators, inkomplette, unvollkommene und teure Information, falsche Preissignale, langsame Preisanpassung, Mengenanpassung neben der Preisanpassung und Interaktion zwischen Waren- und Arbeitsmärkten.

Das Problem mit dieser Keynesinterpretation ist, daß sie durch wenige Aussagen von Keynes selbst gestützt wird. Viele Ökonomen (u. a. Grossmann und Meltzer) bestreiten, daß Keynes ein Ungleichgewichtstheoretiker ist. Nach deren Ansicht gleichen die Theorien von Keynes ihrer Popularisierung in den Lehrbüchern, also der IS-LM-Analyse. Wie uneinig auch heute noch prominente Wirtschaftstheoretiker und prominente Keynesianer über den Inhalt der General Theory sind, zeigte die Konferenz „Keynes and the Modern World“, die 1983 in Cambridge veranstaltet wurde (Salant, 1985). Was z. B. die Starrheit der Nominallohne anlangt, waren Tobin und Meltzer der Meinung, daß diese Annahme zentral für die keynesianische Theorie sei, was von Kaldor bestritten wurde.

Auf dieser Konferenz wurden folgende *Lücken* im keynesianischen System konstatiert: die oberflächliche Behandlung der Mikroökonomie (Kaldor, Hahn, Solow), die Vernachlässigung von Bestandsgrößen und die Vernachlässigung des Verhältnisses zwischen Bestand- und Stromgrößen (Solow, Kaldor), die unbefriedigende Behandlung des Arbeitsmarktes (Solow), die unbefriedigende Inflationstheorie (Solow), das Nichterkennen der Endogenität der Geldmenge (Kaldor), eine fehlende Theorie der Risikoprämie, der Liquiditätsprämie und der Rolle des Geldes im allgemeinen (Meltzer), die Nichtberücksichtigung der Erwartungen über die Preisentwicklung, die Vernachlässigung des Realkasseneffektes und die Vernachlässigung außenwirtschaftlicher Zusammenhänge.

Zusammenfassend ist zur Theorie von Keynes festzuhalten, daß sie wie jede gute Theorie eine Reihe von neuen Erkenntnissen brachte, insb. den Kreislaufzusammenhang in den Wirtschaftswissenschaften etablierte. In diesem Sinn sind heute fast alle Ökonomen Keynesianer. Wie bei jeder Theorie gibt es auch bei jener von Keynes Widersprüche und Lücken. Kritik ist berechtigt, allerdings bei weitem nicht in dem Maße, wie an den wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die andere aus den Theorien von Keynes zogen, und wie an den politischen Konsequenzen des Keynesianismus.

Grenzen der keynesianischen Wirtschaftspolitik

Keynesianische Wirtschaftspolitik sollte nicht abstrakt, sondern anhand konkreter Volkswirtschaften diskutiert werden, deren Wirtschaftsstruktur und Rahmenbedingungen immer mitberücksichtigt werden sollten. Die Grenzen, aber auch die Möglichkeiten keynesianischer Wirtschaftspolitik zeigen sich am deutlichsten in Großbritannien und in den USA. GB ist das Land mit der längsten keynesianischen Tradition und das deutlichste Beispiel für die Grenzen des Keynesianismus. In den USA hat keynesianische Wirtschaftspolitik keine mit GB vergleichbare Tradition; die Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration versteht sich vielmehr als antikeynesianisch, hat jedoch Ähnlichkeiten mit keynesianischer Wirtschaftspolitik und läßt neben den Gefahren auch die Möglichkeiten keynesianischer Wirtschaftspolitik erkennen. Ein Vergleich beider Länder (bei welchem die wirtschaftspolitischen Ereignisse bis Anfang 1986 berücksichtigt wurden) läßt die Voraussetzungen erkennen, die für eine erfolgreiche keynesianische Wirtschaftspolitik im allgemeinen, also auch in Österreich notwendig sind. Austrokeynesianismus wird nicht weiter behandelt, er wurde bereits ausführlich (u. a. in den Wirtschaftspolitischen Blättern, Heft 3/82) diskutiert.

Das Versagen keynesianischer Wirtschaftspolitik

Für den Einsatz der Fiskalpolitik als Mittel zur Nachfrageerhöhung und nur passive Reaktion der Geldmenge spricht die hohe Zinselastizität der Geldnachfrage. Nach keynesianischer Ansicht besteht keine Gefahr eines Verdrängungswettbewerbs auf dem Kapitalmarkt; es gibt kein Crowding-Out. Vielmehr könnte die Nachfragesteigerung die Privatverschuldung sogar anregen (Crowding-In), die Sparkapitalbildung dürfte im Verlauf der Einkommenserhöhung zunehmen.

Wenn die Arbeitslosigkeit unter das mit Vollbeschäftigung vereinbare Niveau sinkt, sieht auch die keynesianische Wirtschaftspolitik restriktive Maßnahmen vor. Die Inflationsbekämpfung wird von den Keynesianern wegen der von ihnen angenommenen Exogenität des Preisniveaus allerdings als recht schwierig eingeschätzt, insb. bei

Inflationsimport in offenen Volkswirtschaften. Als Rezept zur Inflationsbekämpfung verbleibt die Einkommenspolitik, worunter Keynesianer entweder Lohn- und Preiskontrollen oder eine Art Sozialkontrakt mit den Gewerkschaften verstehen. Viele Keynesianer sahen in der Inflation nicht nur Nachteile. Aufgrund von Phillips-Kurven-Analysen rechtfertigten sie mehr Inflation, wenn damit weniger Arbeitslosigkeit „eingekauft“ wird.

Die keynesianische Konzeption der Wirtschaftspolitik war bis Ende der 60er Jahre erfolgreich. Ihre Schwächen wurden erst in den 70er Jahren offensichtlich. Nicht nur begann die Inflation alarmierende Ausmaße anzunehmen, sondern auch die Arbeitslosigkeit stieg beträchtlich. (Statistisch zeigte sich dies in einer Veränderung der Phillips-Kurven.) Zunächst wirkten die expansiven Maßnahmen nur mehr preissteigernd, dann stiegen die Preise und die Arbeitslosigkeit, schließlich setzte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei sinkenden Preisen fort. Steigende Preise und steigende Arbeitslosigkeit sind das Phänomen der Stagflation, das, wie *Samuelson* auf der erwähnten Konferenz ausführte, hauptverantwortlich für die Diskreditierung keynesianischer Ideen ist. Diese Entwicklung läßt sich gut am Beispiel GB ablesen.

Das Beispiel Großbritanniens

Zerlegt man die Wachstumsrate des BIP Großbritanniens in einen realen und in einen nominellen Teil, so zeigt sich, daß die Wirtschaftspolitik der 70er Jahre in zunehmendem Maß zu einer Preiserhöhung führte: In der Periode 1959/64 entfiel etwa die Hälfte der Wachstumsrate des BIP auf eine Erhöhung der realen Nachfrage, in der Periode 1964/69 ein Drittel, in der Periode 1969/74 etwa ein Fünftel und in der Periode 1974/79 nur mehr gar ein Vierzehntel. Daß die Wachstumsraten in diesen verschiedenen Perioden immer anstiegen, zeigt, daß selbst eine starke Expansionspolitik sich nur minimal auf den realen Bereich auswirkt.

In den 60er Jahren hat die Wirtschaftspolitik nicht immer bei steigender Arbeitslosigkeit zu einer expansiven Politik Zuflucht genommen. Trotz Rezession und steigender Arbeitslosigkeit kam es damals zu restriktiven Maßnahmen. Der Grund waren Pfundschwächen oder Zahlungsbilanzdefizite; fixe Wechselkurse wirkten daher bis Anfang der 70er Jahre als Zügel für eine expansive Ausgabenpolitik.

Erst die Freigabe der Wechselkurse schuf die Möglichkeit zu einer expansiven Wirtschaftspolitik. Diese Möglichkeit wurde – und zwar von einer konservativen Regierung – voll genutzt. Es war der berühmte „Dash for Growth“ 1971/72 mit all den negativen Konsequenzen, die letztlich zum Thatcherismus führten. Im nachhinein ist offensichtlich, daß eine neutralere Fiskalpolitik in den 70er Jahren für Großbritannien die weit bessere Strategie gewesen wäre als dieser „Dash for Growth“. Die Inflation wurde zum größten Hindernis für eine expansive Wirt-

schaftspolitik. Ihre negativen Wirkungen auf den realen Sektor waren beträchtlich.

Die Kehrtwendung zum Monetarismus war selbst für eine Labour-Regierung unvermeidlich und begann auch bereits ein Jahr vor Thatcher. Auch wenn der britische Monetarismus nicht sehr erfolgreich war, hat er sein Hauptziel, nämlich die Inflation zu brechen, erreicht. Eine Ex-post-Diskussion darüber, ob die niedrigen Inflationsraten den Preis hoher Arbeitslosenraten wert gewesen waren oder nicht, ist müßig. Heute kommt es darauf an, diesen Gewinn zu sichern und die Beschäftigung zu erhöhen. Ein Verzicht auf die Festlegung von Wachstumszielen der Geldmenge ist dazu nicht erforderlich, die monetären Kontrollen sollten aber so konzipiert sein, daß die Fiskalpolitik von der Unterordnung unter monetäre Ziele befreit wird. Neben der Intensivierung angebotspolitischer Strategien, wie Reform der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen, Privatisierung und Deregulierung, hat es zunächst den Anschein, daß auch eine expansive Fiskalpolitik die Beschäftigung erhöhen könnte.

Dadurch, daß die Verschuldensquote in Großbritannien in den letzten Jahren gefallen ist, bestünde auch Manövrierraum für eine expansive Fiskalpolitik. Es gab tatsächlich Anzeichen dafür, daß eine solche Politik erwogen wurde. Eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Wirtschaft wurde diskutiert. Dabei war vor allem an Infrastrukturvorhaben wie Straßenbau, Renovierung von Bahnhöfen der Londoner U-Bahn, Elektrifizierung der Eisenbahnen, neue Elektrizitätswerke gedacht. Trotz der angebotspolitischen Rechtfertigung sind solche Ausgabenerhöhungen selbstverständlich auch Nachfragepolitik im keynesianischen Sinn.

Im Budget für das Finanzjahr 1986/87 sind allerdings keine Erhöhungen der Staatsausgaben vorgesehen, sondern nur deren reale Konstanz. Bei dem geschätzten realen Wirtschaftswachstum bedeutet dies, daß die Staatsausgaben relativ zum BIP zurückgehen werden. Die Staatsausgaben sollen niedrig bleiben, um künftige Steuersenkungen (die über die im Budget bereits vorgesehenen minimalen Steuersenkungen hinausgehen) möglich zu machen. Man scheut also eine expansive Fiskalpolitik, weil man fürchtet, wieder in eine Stop-and-go-Politik mit ähnlichen Mißerfolgen wie Anfang der 70er Jahre zu geraten. Diese Sorge ist berechtigt, weil notwendige Voraussetzungen für eine erfolgreiche keynesianische Wirtschaftspolitik in GB zum Unterschied von den USA nicht gegeben sind.

Das Beispiel der USA

Die Defizit-finanzierte Ausgabenexpansion der Johnson-Jahre (Vietnamkrieg und Krieg gegen die Armut) trug wesentlich zum Anstieg der weltweiten Inflation bei und führte zum Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods. Nach der Ölkrise setzten die USA (wie GB) zunächst die Ausgabenexpansion im Interesse des Wirt-

schaftswachstums fort. Die Inflation und die Schwäche des Dollars erzwangen Ende der 70er Jahre eine Kursänderung. Es kam zu einer monetären Inflationsbekämpfung. Dieser Umschwung zum Monetarismus wurde bereits vor der Regierung Reagan von den Demokraten eingeleitet (es besteht somit eine Parallele zu GB). Dieser restriktive Kurs verhinderte aber nicht die Explosion des US-Budgetdefizits in den letzten Jahren. Es ist dieses Defizit, das die Zuordnung der amerikanischen Wirtschaftspolitik zur Angebotspolitik erschwert.

Das amerikanische Defizit wird von vielen Ökonomen als typisch keynesianisch angesehen. Reagonomics ist von der Konzeption her zwar rein angebotspolitisch orientiert, die wirtschaftspolitische Praxis der Reaganregierung hat aber durchaus Ähnlichkeit mit Nachfragepolitik. Nur wenn die Steuersenkungen für die Unternehmer und die übrigen Einkommensbezieher durch gleichzeitig vorgenommene Ausgabensenkungen gedeckt worden wären, könnte man ohne Bedenken das Etikett „Angebotspolitik“ verwenden. Die Steuersenkungen waren aber weit stärker als die Ausgabenkürzungen. Das zu Beginn der Regierung Reagan aufgestellte Ziel der Defizitbeseitigung wurde offenbar fallengelassen, da sich das Staatsdefizit mehr als verdoppelte. Es haben sich daher auch einige Angebots-theoretiker von der amerikanischen Wirtschaftspolitik abgewandt und sich einige Keynesianer, wie z. B. Tobin, positiv dazu geäußert.

In jüngster Zeit wird Defizitsanierung allerdings wieder sehr ernst genommen. Nach den Auflagen der Gramm-Rudman-Holling-Gesetzgebung muß das Budget bei 1991 völlig ausgeglichen sein. Der Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1987, der Anfang Februar 1986 präsentiert wurde, hält sich an diese Auflagen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Intensivierung der Angebotspolitik anhält. Kurzfristig hat die amerikanische Wirtschaft jedenfalls von der staatlichen Nachfrageexpansion profitiert.

Die Höhe des amerikanischen Defizits verschärft die Diskussion um Crowding-Out, die bereits Anfang der 70er Jahre einsetzte, und das hohe Defizit wurde für die hohen Zinsen verantwortlich gemacht. So wurde etwa behauptet, daß der Zinssatz für 5jährige Staatstitel im ersten Quartal 1984 viel niedriger hätte liegen können, wenn es zu keiner Defiziterhöhung gekommen wäre. Die Vertreter von Crowding-Out argumentieren, daß von einer über Kredit finanzierten Erhöhung der staatlichen Nachfrage ein Nettoeffekt auf das Einkommensniveau der Gesamtwirtschaft nur unter sehr unrealistischen Voraussetzungen zu erwarten wäre. Ein solcher Nettoeffekt würde vor allem nur dann eintreten, wenn alle Wirkungskanäle über die Finanzierungsseite der Wirtschaft vernachlässigt würden.

In jüngster Zeit machte sich in den USA auch eine Abkehr vom strengen Monetarismus bemerkbar. Für 1985 wurde – als Ziel – ein Wachstum von M_1 in der Höhe von 3,8 Prozent angenommen. Tatsächlich stieg die Geldmenge um mehr als das Doppelte. Im August 1985 betrug die Wachstumsrate 16 Prozent. Daß die Finanzmärkte keineswegs mehr so auf die Überschreitung der Wachstumsraten reagieren,

wie das noch vor einem Jahr der Fall war, ist ein deutliches Zeichen für den abnehmenden Einfluß monetaristischen Denkens. Zu dieser Änderung der Geldpolitik paßt auch die Tatsache, daß das Federal Reserve Board 1985 kurzfristig seine geldmengenpolitischen Ziele suspendierte und auch zu einer Beeinflussung der kurzfristigen Zinsen übergang.

Renaissance expansiver Nachfragepolitik?

Eine expansive Nachfragepolitik hat in Großbritannien andere Konsequenzen als in den USA. Dies hängt mit den strukturellen Unterschieden beider Volkswirtschaften, insbesondere deren unterschiedliche Effizienz- und Wettbewerbsfähigkeit zusammen. Sowohl in den USA als auch in Großbritannien kam es Ende der 70er Jahre zu einem merklichen Nachlassen der wirtschaftlichen Dynamik. Während dieses Phänomen in den USA langfristige zyklische Ursachen haben dürfte, erlebt Großbritannien seit Jahrzehnten eine schwere Strukturkrise, die sich in überalterten Industrien, in wirtschaftlicher Ineffizienz und in sozialen Konflikten äußert. Das riesige amerikanische Budgetdefizit stört die Funktionsmechanismen der amerikanischen Wirtschaft bei weitem weniger, als ein viel geringeres Defizit in Großbritannien die sich allmählich verbessernde Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft gefährden könnte.

Tiefgreifende Strukturkrisen können mit einer wirtschaftspolitischen Strategie allein nicht gemeistert werden. Man muß ihnen mit einer Änderung der Rahmenbedingungen, der Anreizsysteme und des sozio-kulturellen Umfeldes zu Leibe rücken. In Großbritannien ist der Anteil der verstaatlichten Industrie nach wie vor zu hoch, es kommt immer wieder zu Arbeitskämpfen, die zu Lasten der Produktivität gehen, und die britische Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft ohne viel soziale Mobilität. Privatisierung, Deregulierung, funktionierende Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeziehungen und gesellschaftliche Mobilität sind in Großbritannien wichtigere Bedingungen für einen dauerhaften Aufschwung als eine Nachfrageexpansion, deren Auswirkungen noch dazu recht ungewiß sind. In den USA dagegen ist die unternehmerische Dynamik unabhängig von Nachfragepolitik sehr groß, expansive Maßnahmen schaden auch langfristig nicht.

Erfolgskriterien keynesianischer Wirtschaftspolitik

Der Vergleich der USA und Großbritannien erlaubt den Schluß, daß zwei Voraussetzungen vorliegen müssen, damit Keynesianismus beschäftigungspolitische Erfolge bringt, nämlich eine effiziente und wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine konsequente Durchführung der keynesianischen Politik.

Konjunkturelle Stabilität und Wirtschaftswachstum sind nicht ganz

kompatibel. Wirtschaftswachstum kann destabilisierend wirken, und eine Stabilitätspolitik kann neue Problemlösungen und damit Wirtschaftswachstum hintanhaltend. So behaupteten Kaldor und Samuelson auf der erwähnten Konferenz, daß die Aufrechterhaltung sehr hoher Beschäftigung die industrielle Disziplin in den Industrieländern untergraben und einen konstanten Lohn- und Preisdruck erzeugt habe. Samuelson konstatiert die Ablösung des „Ruthless Capitalism“ durch den humanen Wohlfahrtsstaat auch als Ursache für die abnehmende Wirkung keynesianischer Politik. Dadurch würden die Verhaltensgleichungen in den meisten Makromodellen entscheidend verändert, und mikroökonomische Anreizsysteme bekämen ein größeres Gewicht. Für Modigliani bleibt die Botschaft der General Theory gültig, daß eine Geld- und Unternehmerwirtschaft Stabilisierung brauche, stabilisiert werden könne und stabilisiert werden sollte.

Während aus keynesianischer Sicht Stabilität das Glätten von Konjunkturschwankungen bedeutet, fürchten Angebotstheoretiker mehr Instabilität als Folge einer Stabilisierungspolitik, weil sie von einem systemtheoretischen Stabilitätsbegriff ausgehen. Stabilität im systemtheoretischen Sinn ist die Aufrechterhaltung der Problemlösungsfähigkeit der Wirtschaft. Stabilität im systemtheoretischen Sinn muß nicht immer mit konjunkturpolitischer Stabilität und nicht immer mit Gleichgewicht übereinstimmen.

Gerade in Zeiten strukturellen Wandels gewinnt Stabilität in diesem weiteren Sinn an Bedeutung und wird wichtiger als konjunkturpolitische Stabilität. Wenn heute so viel von Innovationen die Rede ist, so wird meistens von den Befürwortern von Innovation übersehen, daß Innovationen zunächst Instabilitäten bedeuten, die längerfristig über eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit das Wirtschaftssystem anpassungsfähig erhalten.

Diese Kritik an konjunkturpolitischer Stabilität trifft das keynesianische Modell genauso wie das Gleichgewichtsmodell der Neoklassik. Wenn im neoklassischen Modell überhaupt Unternehmer vorkommen (was sehr selten der Fall ist), sind es einfache „Optimierer“, die bekannte Probleme mit minimalem Einsatz zu lösen versuchen, also höchstens kalkulieren, aber keine echten unternehmerischen Entscheidungen treffen. Die neoklassische Theorie kann nicht evolutionäre Zusammenhänge und damit auch nicht Innovationen erfassen. Das neoklassische Modell schadet in dieser Hinsicht allerdings weniger, weil es, verglichen mit dem Keynesianismus, fast keine konjunkturpolitischen Empfehlungen abgibt.

Die Keynesianer kümmern sich zu viel um finanzielle Instabilität und zu wenig um Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit, die sie als gegeben annehmen. Keynes vertraute in dieser Hinsicht den marktwirtschaftlichen Mechanismen. Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere in Großbritannien, hat jedoch gezeigt, daß, vor allem bei der großen Interdependenz der Weltwirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit verloren gehen kann und daß eine keynesianische Wirtschaftspolitik diesen Prozeß nicht nur nicht aufhalten kann, sondern auch noch beschleunigt.

gen dürfte. Die Wettbewerbsverluste, die die britische Wirtschaft seit Jahrzehnten in Kauf nehmen muß, sind der Grund dafür, daß in Großbritannien der Angebotspolitik vor der Stabilisierungspolitik der Vorzug gegeben werden muß. In den USA ist die Situation eine ganz andere. In einer effizienten Wettbewerbswirtschaft, wie der amerikanischen, schadet, sobald dem die Inflation durch geldpolitische Maßnahmen auf ein erträgliches Maß reduziert worden ist, eine expansive Nachfragepolitik wenig; sie kann sogar, auch gleichgültig in welcher Verkleidung sie auftritt, einen in Gang gekommenen Aufschwung verstärken.

Eine effiziente Wettbewerbswirtschaft ist eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg einer keynesianischen Wirtschaftspolitik. Der Erfolg wird sich allerdings nur bei einer konsequenten Durchführung dieser Politik einstellen. Die keynesianische Wirtschaftspolitik zeigt in fast allen Ländern eine deutliche Asymmetrie: Die Nachfrage wird zwar in der Rezession stimuliert, in Hochkonjunkturphasen aber nicht eingeschränkt. Diese Asymmetrie wird normalerweise als korrigierbare Fehlentwicklung angesehen. Eine nähere Analyse der politischen Gründe dieser Asymmetrie zeigt jedoch, daß sie eine unvermeidliche Eigenschaft des Keynesianismus ist.

Keynesianismus und politische Theorie

Die ökonomische Analyse der Politik geht davon aus, daß die Wähler die Regierungspartei für die wirtschaftliche Situation verantwortlich machen. Steigt die Arbeitslosigkeit oder nimmt die Inflation zu, geben sie ihre Stimme der Oppositionspartei bei der nächsten Wahl, falls diese eine glaubhafte Alternative anzubieten hat. Dies motiviert die Regierung, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Inflation auf Wahltermine und die verschiedenen Interessen besondere Rücksicht zu nehmen.

In der *Rezession* dürften nahezu alle Wähler eine expansive Geld- und Fiskalpolitik positiv bewerten. Die negativen Auswirkungen der Expansionspolitik, vor allem höhere Inflationsraten, treten erst mit größerer zeitlicher Verzögerung auf, werden von der großen Mehrzahl der Wähler nicht vorausgesehen und auch nicht mit der expansiven Konjunkturpolitik in einen ursächlichen Zusammenhang gebracht. Steigende Inflationsraten in der Zukunft sind dagegen kein Hindernis für die Regierungspartei, eine kräftige expansive Geld- und Fiskalpolitik bis weit in den Aufschwung hinein zu betreiben.

Anders liegen die Dinge im *Aufschwung* und in der *Hochkonjunktur*. Hier sollte die Geld- und Fiskalpolitik dämpfend wirken. Restriktive Maßnahmen verschlechtern aber die Lage einer großen Anzahl von Wählern tatsächlich oder scheinbar. Eine Erhöhung der direkten Steuern durch einen Konjunkturzuschlag und eine Senkung der Subventionen reduziert unmittelbar die verfügbaren Einkommen und Gewinne, eine Senkung der öffentlichen Ausgaben drückt die Aufträge der

Wirtschaft und senkt die Beschäftigung. Werden die indirekten Steuern erhöht, so führt dies bei einer bestehenden Übernachfrage zu weiteren Preiserhöhungen. Eine restriktive Kreditpolitik führt über höhere Zinsen zu Kosten- und Preiserhöhungen und erschwert die Kreditaufnahme durch die Unternehmer.

Angesichts dieser Zusammenhänge riskiert die Regierungspartei bei Einleitung einer energischen und frühzeitigen Konjunkturpolitik zur Dämpfung eines Booms mehr Stimmen zu verlieren als zu gewinnen, zumal die positiven Wirkungen einer solchen Politik, vor allem geringere Preiserhöhungen, erst mit größerer zeitlicher Verzögerung eintreten werden. Erst wenn sich Vermögensverluste bei den Gläubigern und Realeinkommenseinbußen bei Empfängern jener Einkommen, die nur langsam an die Inflation angepaßt werden, bemerkbar machen, kommt es zu einer antizyklischen Konjunkturpolitik, die dann oft zu spät und zu zaghaft wirkt, manchmal überhaupt erst im Abschwung und dadurch die Rezession noch verschärft.

Ein weiterer Grund, warum es so selten zu einer restriktiven Konjunkturpolitik kam, liegt darin, daß in der Hochkonjunktur die Regierung statt Konjunkturpolitik *Wachstumspolitik* oder *Verteilungspolitik* betreibt. Die steigenden Steuereinnahmen werden für den Ausbau der Infrastruktur oder des Sozialstaates verwendet, wodurch Ansprüche entstehen, die schwer oder überhaupt nicht reduziert werden können.

Diese Neigung zu expansiven Maßnahmen wird durch politische Konjunkturzyklen noch verstärkt: Mit Rücksicht auf bevorstehende Wahlen wird oft vom ökonomisch gerechtfertigten Muster einer Stabilisierungspolitik abgewichen. Zu Beginn einer Regierungsperiode kommt es zu unpopulären und vor bevorstehenden Wahlen zu populären Maßnahmen (Erhöhungen von Transfers und Senkung von Steuern), ganz gleichgültig, ob diese Strategie zur konjunkturellen Lage paßt oder nicht. Wenn auch die empirische Evidenz für solche Konjunkturzyklen nicht eindeutig ist (für einige Länder konnte sie nachgewiesen werden, für andere nicht), sind sie im Keynesianismus wahrscheinlicher als bei anderen wirtschaftspolitischen Strategien. Die keynesianische Vorstellung der Machbarkeit der Wirtschaft gibt der Regierung und dem Regierungapparat bei weitem mehr Kompetenzen als monetaristische und angebotstheoretische Wirtschaftspolitik.

Wenn Politikern zugetraut wird, Arbeitsplätze zu sichern, so steigt ihre wirtschaftspolitische Kompetenz. Selbst das Versagen keynesianischer Politik fällt dann nicht auf die Politiker zurück, wenn es diesen gelingt, dafür Umstände verantwortlich zu machen, die außerhalb ihrer Einflußsphäre liegen. Die skizzierte keynesianische Inflationstheorie gibt ihnen z. B. eine solche Gelegenheit. Auch wenn sich die Machbarkeit der Wirtschaftspolitik als Illusion herausstellt, gehört es zur politischen Strategie, daß die Politiker den Wählern ihre Nützlichkeit permanent vor Augen führen wollen. Dies gelingt ihnen leichter mit einer keynesianischen Wirtschaftspolitik als mit einer liberalen, die auf Steuerung verzichtet und sich auf Schaffung und Überwachung von Rahmenbedingungen beschränkt.

Keynes' selbst drückte sein Vertrauen in Politiker sehr deutlich in einem Brief aus, den er an Hayek über dessen Buch „Der Weg in die Knechtschaft“ geschrieben hat (Moggridge, 385, 387, 388):

„In my opinion it is a grand book . . . (M)orally and philosophically I find myself in agreement with virtually the whole of it; and not only in agreement with it, but in deeply moved agreement.“ . . .

I should therefore conclude your theme rather differently. I should say that what we want is not no planning, or even less planning, indeed I should say that we almost certainly want more. But the planning should take place in a community in which as many people as possible, both leaders and followers share your own moral position. Moderate planning will be safe if those carrying it out are rightly orientated in their own minds and hearts to the moral issue . . .

What we need therefore, in my opinion, is not a change in our economic programmes, which would only lead in practice to disillusion with the results of your philosophy; but perhaps even the contrary, namely, an enlargement of them . . . No, what we need is the restoration of right moral thinking – a return to proper moral values in our social philosophy . . . Dangerous acts can be done safely in a community which thinks and feels rightly, which would be the way to hell if they were executed by those who think and feel wrongly.“

Wenn Keynes sich in wesentlicher Übereinstimmung mit Hayek befindet, trifft das nicht für das Kapitel des Weges zur Knechtschaft zu, das den politischen Prozeß als *Markt* analysiert und damit die spätere Analyse von Buchanan, Tullock, Stigler und Becker vorwegnimmt. Politiker und Regierungsbeamte handeln wie Unternehmer und kümmern sich vor allem um ihre eigenen Interessen, wobei Interessen keineswegs nur monetäre Interessen sind, sondern auch öffentliches Ansehen etc. umfassen können.

Demokratische Institutionen mit ihrem System von Wahl und Kontrolle sind eine notwendige, aber nicht immer eine hinreichende Bedingung für die Gewährleistung des öffentlichen Interesses. Je mehr Aufgaben ein demokratisches System übernimmt, die über die Schaffung und Gewährleistung von Rahmenbedingungen hinausgehen – dies ist unvermeidlich, da ein Nachtwächterstaat allein wegen der Existenz von öffentlichen Gütern keine gute Lösung ist –, desto schwerer ist es, das Eigeninteresse von Politikern und Institutionen dem öffentlichen Interesse unterzuordnen. Das Vertrauen in die „richtigen“ moralischen Werte von Politikern und die theoretische Rechtfertigung von Globalsteuerung erweist sich heute als problematisches Erbe von Keynes, weil heute Vertrauen in Märkte wichtiger als in Globalsteuerung ist, wie ein Vergleich der USA und GB zeigt.

Schlußfolgerung

Die theoretischen Leistungen von Keynes haben die Wirtschaftswissenschaften entscheidend beeinflußt. Manche Thesen Keynes' sind Bestandteil der herrschenden ökonomischen Theorie geworden. Die Irrtümer von Keynes, so zahlreich sie sein mögen, gefährden in keiner Weise seinen Rang als einer der großen Wirtschaftswissenschaftler der letzten 200 Jahre.

Der keynesianischen Wirtschaftspolitik kommt kein solcher Ehrenplatz unter den wirtschaftspolitischen Strategien zu. Die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche keynesianische Wirtschaftspolitik ist eine effiziente Wettbewerbswirtschaft.

Eine weitere notwendige Voraussetzung für den Erfolg keynesianischer Wirtschaftspolitik – nämlich ihre symmetrische Anwendung – ist fast nie gegeben. Dafür sind politische Gründe maßgebend. Die Problematik und das Paradoxe des Keynesianismus liegen in seiner Aufwertung der Politik, deren Mechanismen nach den bisherigen Erfahrungen eine konsequente keynesianische Wirtschaftspolitik ausschließen.

Literatur

- Allsopp Ch.*, The Assessment: Monetary and fiscal Policy in the 1980's, in: Oxford Review of Economic Policy, vol 1 (1985)
- Chrystal K. A.*, Controversies in British Macroeconomics, 1980
- Coddington A.*, Keynesian Economics: The Search for first Principles; in: The Journal of Economic Literature, vol 14 (1976)
- Gordon R. J.*, Output fluctuation and gradual price adjustment; in: The Journal of Economic Literature, vol 19 (1981)
- Modigliani F.*, The Monetarist Controversy or should we foresake stabilization policies; in: The American Economic Review, vol 67 (1977)
- Moggridge D (ed)*, John Maynard Keynes, The Collected Writings, Vol XXVII: Activities 1940–1946, pp 385, 387, 388.
- Salant*, Reviews of Keynes and the Modern World; in: Journal of Economic Literature, vol 23 (1985)
- Supper M.*, Stabilität und Instabilität als Grundfrage der Modernen Wirtschaftspolitik; in: Quartalshefte der Girozentrale, I/83